Koalition in Bayern will Islamunterricht fortführen

22. März 2019



München/Frankfurt (KNA) Die Spitzen der Koalition aus CSU und Freien Wählern in Bayern haben sich auf eine Fortführung des islamischen Unterrichts an den Schulen verständigt. Genaueres werde das Kabinett voraussichtlich nächste Woche beschließen, sagte Landtagsfraktionschef Florian Streibl (Freie Wähler) der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) am Donnerstag und bestätigte damit einen Bericht der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“.

Ein Sprecher des Kultusministeriums erklärte auf Anfrage, die Regierung strebe eine „bedarfsgerechte Ausweitung“ des Unterrichts an. Details müssten noch geklärt werden. Wichtig sei aber, dass die betroffenen Schulen „schon jetzt Planungssicherheit haben“. Derzeit werden bayernweit rund 16.000 muslimische Schülerinnen und Schüler aller Schularten von 95 Lehrkräften unterrichtet.

Ein entsprechender Modellversuch läuft seit zehn Jahren und war bis zum Ende des Schuljahrs befristet. Über eine Fortführung sollte zunächst erst im Anschluss an eine weitere Evaluation entschieden werden. Aus den Schulen, der Landtagsopposition, aber auch den

eigenen Reihen verstärkte sich in den vergangenen Monaten der Druck auf die schwarz-orangene Koalition, die Hängepartie zu beenden. Sonst drohe eine Abwanderung der an der Universität Erlangen ausgebildeten Lehrkräfte, die bisher überwiegend Zeitverträge hätten, hieß es.

Ein Sprecher der CSU-Fraktion sagte, noch seien einige Fragen offen. Laut Streibl ist ein flächendeckendes Angebot für alle rund 143.000 muslimischen Schülerinnen und Schüler in Bayern mangels geeigneten Lehrpersonals nicht möglich.

Die bayerische Regierungskoalition legt zudem Wert auf eine Unterscheidung des islamischen Unterrichts vom bekenntnisgebundenen Religionsunterricht der Kirchen. Im Grunde handele es sich um einen Wertekundeunterricht, in dem auch Wissen über den Islam vermittelt werde, zitiert die FAZ CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer.

Streibl sagte, an der Konstruktion des Wahlpflichtfaches solle nichts geändert werden. Allerdings sei eine Umbenennung diskutiert worden. Einen bekenntnisgebundenen Religionsunterricht werde es für muslimische Schülerinnen und Schüler im Freistaat „auf absehbare Zeit“ nicht geben. Dieses Ziel werde von der derzeitigen Regierung auch „nicht primär verfolgt“.

(KNA - tknml-89-00166)
Foto: stevepb/Pixabay

Stand: 13. November 2026